

Die Neue Zeit

Wochenschrift der Deutschen Sozialdemokratie

2. Band Nr. 25

Ausgegeben am 15. September 1922

40. Jahrgang

Nachdruck der Artikel nur mit Quellenangabe gestattet

Zum Parteitag in Augsburg

Von Heinrich Cunow

Der Parteitag tritt dieses Jahr in Augsburg unter so drückenden, jeden freien Blick in die Zukunft hindernden und damit auch allen Wagemut und alle Tatkraft lähmenden Wirtschaftsverhältnissen zusammen, wie bisher kein anderer Jahreskongress der deutschen Sozialdemokratie. Zwar sind für den Augenblick durch den Beschluß der sogenannten Reparationskommission die von Frankreich angedrohten gewaltsamen Pressionsmaßnahmen beseitigt; aber dieser Beschluß bedeutet weder irgendwelche Ermäßigung der durch das Versailler Friedensdiktat und das Londoner Ultimatum Deutschland aufgezwungenen unerfüllbaren Zahlungsbedingungen noch ein Moratorium in dem Sinne, in dem man sonst dieses Wort gebraucht. Höchstens kann man von einem kurzen Zeitgewinn, einer vorläufigen Hinausschiebung der Zahlungsstermine reden; denn die demnächst fälligen Zahlungen werden Deutschland nicht auf längere Zeit gestundet; es wird nur der Zahlungsmodus geändert. Hätte sonst das deutsche Volk die vom 15. August bis zum 15. Dezember dieses Jahres fälligen Zahlungsbeträge zu den festgesetzten Terminen in Gold beziehungsweise in Dollar-Devisen zu zahlen gehabt, so wird ihm nun durch den Beschluß der Reparationskommission ermöglicht, zunächst die Beträge in Reichsschatzwechseln zu zahlen, aber unter der Bedingung, daß es diese Bonds binnen sechs Monaten in Gold einlöst und die Einlösung durch Verpfändung deutscher Sachwerte oder durch Hinterlegung entsprechender Golddepots bei auswärtigen Banken sicherstellt.

Deutschland muß also, falls nicht inzwischen das ganze Reparationszahlungssystem geändert wird, zu Beginn des Jahres 1923 neben den dann fällig werdenden neuen Zahlungssummen auch noch die ganzen Zahlungsrückstände für die Zeit vom 15. August bis 15. Dezember 1922 in Gold zahlen. Wird das Deutsche Reich in Anbetracht der steigenden Entwertung der Papiermark, der alle Berechnungen über den Haufen werfenden Zerrüttung der Reichsfinanzen, des stetigen Sinkens der Lebenshaltung großer deutscher Volksteile, der Unsicherheit der Import- und Exportverhältnisse dann imstande sein, diese enormen Zahlungen zu leisten? Wer einigermaßen die deutsche Wirtschaftslage in ihrer Abhängigkeit von der Weltwirtschaft kennt, wird zugeben, daß die Aussichten, die deutsche Reichskasse werde nach Ablauf von sechs Monaten so gefüllt sein, allen diesen Verpflichtungen nachkommen zu können, sehr gering sind. Was aber dann? Dann stehen wir vor einer noch viel schlimmeren Wirtschaftskatastrophe als im vorigen Monat, vor einem völligen Zusammenbruch des deutschen Wirtschaftsgebietes — ungefähr dort, wo heute schon Österreich steht.

Es zeugt von einem sehr geringen Verständnis für die deutsche Wirtschaftsbewegung seit dem militärischen Zusammenbruch, wenn manche Zeitungen aus Anlaß des Beschlusses der Reparationskommission von einer wesentlichen Erleichterung der finanziellen Lage oder gar von einer glücklichen Wendung zur Lösung des Reparationsproblems sprechen. Solche Ausführungen sollte man gewissen in der Gefolgschaft Lloyd Georges marschierenden englischen Pressorganen überlassen, die, nebenbei bemerkt, diese Märchen auch nicht aus innerer Überzeugung aufstischen, sondern aus bestimmten politisch-taktischen Gründen. Der Pariser Beschluß bedeutet lediglich eine kurze Hinausschiebung, zugleich damit aber auch eine Verschärfung der drohenden Katastrophe.

Noch immer werden die Versailler Zahlungsbedingungen in ihrer Wirkung auf das deutsche Wirtschaftsleben von vielen weit unterschätzt. Wie es in den Novembertagen 1918 in seltsamer Verblendung bei gar vielen Ideologen hieß, die Friedensbedingungen könnten gar nicht hart ausfallen, denn die westlichen Demokratien hätten, nachdem die deutsche Militärmonarchie gestürzt sei, durchaus kein Interesse daran, das deutsche Volk zur Verzweiflung zu treiben und dem neuentstandenen demokratisch-republikanischen Regime in Deutschland unüberwindliche Schwierigkeiten zu bereiten, so heißt es heute wieder, im ganzen wäre es uns ja unter dem Diktat der Entente-mächte noch immer ziemlich leidlich ergangen, und so würde es uns auch wohl ferner leidlich ergehen, zumal England und Amerika ein großes Interesse daran hätten, die mitteleuropäische Wirtschaft nicht völlig ins Chaos versinken zu lassen. Daß wir heute nur auf Kosten der Zukunft leben, ist jenen Schwärmern noch gar nicht zum Bewußtsein gekommen. Sie sprechen von Erfüllung der Versailler Forderungen und von Erfüllungspolitik, doch die Schwierigkeit, zum Teil völlige Unmöglichkeit der Erfüllung haben sie nicht erkannt.

Zeigten sich dann während der letzten Jahre auf den verschiedenen Entente-konferenzen weder Frankreich und Belgien noch Italien und England bereit, dem deutschen Wirtschaftsleiden Rechnung zu tragen, oder trafen im deutschen Wirtschaftsgebiet starke Wertschwankungen, Teuerungswellen und Nahrungsmängel hervor, so machten diese Schwächer einfach die Unfähigkeit, Schwäche oder Einsichtslosigkeit der jeweiligen Regierung dafür verantwortlich. Sicherlich, die Regierungen der letzten Jahre hätten im einzelnen manches tun können, der Wirtschaftsver schlechterung entgegenzuarbeiten. Statt der Ausarbeitung langer, erst in weiter Zukunft wirksamer Steuerprojekte hätten sie zum Beispiel, wie ich damals empfahl, sofort nach Einberufung der Nationalversammlung, um schnell Geld in die Hand zu bekommen, zur Durchführung einer oder mehrerer innerer Zwangsanleihen schreiten, die Zwangswirtschaft ausdehnen, für einzelne landwirtschaftliche Erzeugnisse den Produktionszwang einführen, die Einfuhr überflüssiger Genussmittel und Luxusartikel verbieten, den Export bestimmter Industrieartikel steigern und die Valutaspekulation möglichst einschränken müssen. Aber standen nicht solcher Wirtschaftspolitik die größten Widerstände gegenüber, sowohl auf Seiten der Entente, die nichts tat, um das große Loch im Westen zu stopfen, als auch auf Seiten der verschiedenen deutschen politischen Parteien. Wie ist nicht in Versammlungen und in der Presse gegen die Zwangswirtschaft gewütet und wie ist nicht die Erzberger'sche Steuerreform

— und zwar gerade in unserer eigenen Presse — als geniales Mittel der Geldbeschaffung gepriesen worden! Ferner mit welchen kleinlichen Gründen ist nicht gegen die Beschränkung der Einfuhr von Genußmitteln agitiert worden! Sieh es nicht immer wieder, die Einfuhrbeschränkungen hätten nur den Zweck, die unteren Volksschichten, die während des Krieges doch so unendlich viel entbehrt hätten, nun, wo uns das Ausland alles Entbehrte wieder liefern könne, zugunsten der Reichen auch noch über die Kriegszeit hinaus knapp zu halten. Wenn der Regierung mit Recht ein Vorwurf gemacht werden darf, so ist es der, daß sie mit ihrem Handeln zu sehr auf das Gelärm der Presse und die sogenannte Volksmeinung Rücksicht nahm. Freilich ist das, wie die Geschichte lehrt, bisher noch der Fehler fast jeder Volksregierung gewesen, die in Zeiten hochgehender politischer Gärung in alte Lebensgewohnheiten eingreifende Zwangsmaßnahmen durchzuführen hatte.

Jetzt sind unter dem Drucke der Not auch die Gewerkschaften mit Vorschlägen verschiedener Einfuhrbeschränkungen an die Regierung herangefreten. Das zeugt von einer anerkennenswerten Einsicht in die inneren Zusammenhänge der heutigen Notlage. Leider kommen nur diese Vorschläge reichlich spät, teilweise bereits zu spät. Zudem werden den Gewerkschaftsführern kaum bittere Vorwürfe von seiten ihrer eigenen Gewerkschaftsgenossen erspart bleiben; denn wenn die Einfuhr von Tabak, Zigaretten, Kakaobohnen und -schalen, Schnäpsen, feinen Weinen, Süßfrüchten usw. verboten oder eingeschränkt wird, so wird dadurch nicht nur mancher in seiner Genußgewöhnung gestört, sondern es werden auch in den von den Verboten betroffenen Betrieben Betriebsstörungen und Arbeiterentlassungen stattfinden. Die Gewerkschaftsleitungen müssen daher mit der Anschulldigung rechnen, sie hätten durch ihr Vorgehen dem Volke unentbehrliche Genußmittel entzogen und überdies die Arbeitslosigkeit gefördert. Hoffentlich lassen sie sich durch derartige kurzfristige Vorwürfe aus den eigenen Reihen nicht dazu verleiten, wider besseres Wissen einen Rückzug anzutreten.

Eine wirkame Bekämpfung der zunehmenden Wirtschaftsverelendung wird erst möglich sein, wenn die deutsche Bevölkerung erkennt, wohin die deutsche Wirtschaft unter dem Drucke der Versailler Ententeansprüche treibt, und die sich in dieser Erkenntnis gewillt zeigt, nicht nur mit allen Kräften die Produktion zu steigern, sondern sich auch selbst vorerst harte Entbehrungen aufzuerlegen. Davon sind wir aber noch weit entfernt. Finden wir doch noch immer vielfach unter unseren eigenen Parteigenossen die Ansicht verbreitet, die heutige Not sei ein bald vorübergehender Zustand, da er mit innerer Notwendigkeit zur sozialistischen Wirtschaftsordnung führe. Und nicht nur viele Arbeiter sind dieser Ansicht, auch Karl Kautsky, der noch immer manchen Genossen als großer Wirtschaftstheoretiker gilt, prophezeit in seinem Vorwort zur Neuauflage der von Marx anlässlich der Gründung der Ersten Internationale verfaßten Inauguraladresse, daß in einigen Jahren die deutsche und englische Regierung in den Händen der Arbeiterschaft sein werde und diese also mit der Durchführung des sozialistischen Wirtschaftssystems werde beginnen können.

Sicherlich eine seltsame Einsicht in den Gang unserer Wirtschaftsentwicklung. Als 1914 der Weltkrieg hereinbrach, war es begreiflich, daß infolge der vor dem Kriege vielfach in unserer Partei herrschenden Zukunftssillusionen die Ansicht auftauchte, aus dem Kriegschaoß werde sich, wie der Sage

nach der Phönix aus der Asche, in wunderbarer Kraft der Sozialismus erheben. Ich habe es daher auch als etwas fast Selbstverständliches empfunden, daß, als ich im April 1915 in meiner kleinen Broschüre »Parteizusammenbruch?« die Ansicht aussprach, die Folge des Krieges werde aller Voraussicht nach der Anbruch einer neuen finanzkapitalistisch-imperialistischen Ära sein, diese Ansicht von dem damals von Ströbel und Däumig redigierten »Vorwärts« und verschiedenen in dessen Spuren wandelnden Parteiblättern halb mitleidig für unsinnig erklärt wurde und Kautsky zum Nachweis meiner Urteilsunfähigkeit eine lange Artikelserie in der Neuen Zeit veröffentlichte — läßt sich doch niemand gern seine schönen Hoffnungssträume nehmen. Aber wenn heute jemand angesichts der nach dem Krieg eingetretenen Kapitalkonzentration und der steigenden Herrschaft der Bankfinanz über den Industrie- und Handelsmarkt, besonders in den Vereinigten Staaten von Amerika und England, noch immer glaubt, die sozialistische Wirtschaftskräfte in den großen Industrie- und Handelsstaaten vor der Tür, dann vermag ich solche Glaubensstärke nicht mehr zu begreifen.

Das Hängenbleiben in solchen Illusionen von Anno dazumal versperrt den Betreffenden nach meiner Ansicht jeden klaren Einblick in die Entwicklungsrichtung der Weltwirtschaft und hindert sie daran, die heutigen Wirtschaftsprobleme auch nur halbwegs in ihrer Bedeutung für unser gesellschaftliches Leben zu erkennen. Aus solchen Illusionen herauszukommen und die Gegenwart zu nehmen, wie sie ist, nicht wie sie nach sozialistischen Wünschen sein sollte, und dieser Gegenwart mit ihren harten Anforderungen Rechnung zu tragen, ist deshalb erste Bedingung unseres Fortschritts und Erfolges. Wohl sind schon manche einstigen Illusionen durch den Krieg und seine Folgen vernichtet worden, doch noch immer heißt es: »Los von der alten Illusionsideologie und der Nichts-als-Agitationspolitik, Meferes Eindringen in die Gegenwartsprobleme, praktische Realpolitik!«

Der starke Einfluß, den die alten, durch die neuere historische Entwicklung überholten Illusionen noch immer auf weite parteieigentliche Kreise haben, ist es auch, der mich, abgesehen von anderen Gründen, einer Vereinigung unserer Partei mit der U. S. P. D. mit großen Bedenken entgegensetzen läßt; denn treuer als irgendeine andere sozialistische Partei des In- und Auslandes hat die U. S. P. D. die alten Illusionen und Traditionen der Vorkriegszeit bewahrt und sich in der bloßen Agitationspolitik festgefahren. In Anbetracht der Leichtigkeit, mit der ein großer Teil der Arbeiterschaft sich Stimmungen hingibt, ist daher leider zu befürchten, daß die überholten Anschauungen der U. S. P. D. auch auf das politische Denken und Handeln unserer Anhängerschaft wieder größeren Einfluß gewinnen und uns den Weg zu praktischer Gegenwarts politik versperren. Doch ich möchte hier nicht nochmals gegen die Einigungspläne polemisieren, zumal ich bereits früher meine Bedenken dargelegt habe. Die Versammlungsberichte aus dem Reich und die zahlreichen Anträge zum Augsburger Parteitag wie auch die stattgehabten Verhandlungen zwischen den Zentralkomitees der S. P. D. und U. S. P. D. zeigen, daß in Augsburg und Gera mit großer Mehrheit die Parteiverschmelzung beschlossen werden wird. Wir können diese daher bereits als ein gegebenes Faktum betrachten, das Anerkennung fordert. Damit ist freilich noch nicht gesagt, daß die Einigung

dem Fortschritt der sozialistischen Arbeiterbewegung, ihrer Machtmehrung und der Stärkung ihres Einflusses auf Deutschlands Geschick dient. Wer recht hat — jene, die von der Einigung eine Machtmehrung der Sozialdemokratie erhoffen, oder jene, die trübe Folgen befürchten, darüber wird die Parteigeschichte der nächsten Jahre entscheiden. Erfüllen sich die schönen Erwartungen, die die Befürworter der Einigung an diese knüpfen, dann haben sie recht; führt dagegen im Laufe der nächsten Jahre die Einigung zur Schwächung der politischen Machtposition der Sozialdemokratie, zur Bildung bürgerlicher Gegenbündnisse und zur Ausschaltung der sozialdemokratischen Parlamentsfraktionen aus den Regierungskoalitionen des Reiches und der Einzelstaaten, oder erheben sich in der geeinten Partei gefährliche innere Richtungskämpfe, dann haben die recht, die heute der Einigung widersprechen.

Anderes verhält es sich mit den Bemühungen zur Vereinigung der Zweiten Internationale mit der sogenannten Zweieinhalb- oder Wiener Internationale, über die wie auch über die Einigung der beiden deutschen sozialdemokratischen Parteien Genosse Wels auf dem Augsburger Parteitag referieren wird. Für die Internationale handelt es sich, will sie ihrer Aufgabe gerecht werden, jetzt nicht um innere Parteidifferenzen noch um die Aufstellung von Programm- und Regierungsmaximen; sie hat ihre ganze Kraft auf die Abwehr der imperialistischen Machtpolitik der Siegerstaaten und den wirtschaftlichen Wiederaufbau Europas zu konzentrieren. Und in dieser Hinsicht vermag eine geeinte, in ihrer Bedeutung gehobene und mit fester Hand geleitete Arbeiterinternationale immerhin einen beträchtlichen Einfluß auszuüben, wenn sie auch in der heutigen Weltpolitik nur ein Machtfaktor unter vielen anderen ist. Die der Internationale angegliederte französische Partei hat freilich fast jeden Einfluß auf die französische Regierungspolitik verloren; aber in England wird die Arbeiterpartei voraussichtlich bei der nächsten allgemeinen Parlamentswahl eine große Anzahl von Sitzen erobern und damit zu einem gewichtigen mitbestimmenden Faktor der offiziellen englischen Politik werden. Vornehmlich ist damit zu rechnen, daß sie im eigenen Interesse ihrer Anhängerschaft auf eine Beseitigung des wirtschaftlichen Notstandes des mitteleuropäischen Wirtschaftsgebietes hinwirken wird. Dennoch erscheint es mir verkehrt, allzu große Hoffnungen auf einen Wahlsieg der Labour Party zu setzen. So viele Mandate, um aus eigenem eine neue Regierung bilden zu können, wird sie schwerlich erlangen; das Wahrscheinlichste ist eine Regierungskoalition mit den Asquithschen Ultras und vielleicht einem Teil der Lloyd Georgeschen Gefolgschaft. In dieser Koalition wird aber voraussichtlich bezüglich der Außenpolitik der Ultraliberalismus die Führung haben. Zudem darf als sicher angenommen werden, daß in der Labour Party selbst nicht die ausgesprochen sozialistische, sondern die staatsmännisch-liberaldemokratische Richtung, sagen wir die Richtung Clynes, über die Mehrheit der Stimmen verfügen wird.

Im Vergleich zu den Verhandlungen über die beiden Einigungsfragen und über die Partei- und Reichstagsfähigkeit im abgelaufenen Jahre werden wahrscheinlich die übrigen Referate in Augsburg ziemlich schnell erledigt werden, zumal sich an die beiden Tagungen in Augsburg und Gera ein Einigungs-Parteitag in Nürnberg schließen soll. Eine solche Erledigung der Tagesordnung im Eilkempo wäre sehr zu bedauern, besonders was Alwin

Saengers Referat über die Justizreform anbetrifft. Denn die Reform der Strafgerichte, des Strafgesetzes und des Strafverfahrens gehört zu den dringendsten Aufgaben der nächsten Zeit. Große Teile des deutschen Volkes stehen der heutigen Strafrechtspflege durchaus mißtrauisch und ablehnend gegenüber. Dem kann nur abgeholfen werden, wenn das Strafgesetz dem heutigen Rechtsempfinden mehr als bisher Rechnung trägt, die Rechtsprechung vereinfacht wird und alle Volksschichten zur Mitarbeit herangezogen werden.

Ist demnach das Verhandlungsprogramm des diesjährigen Parteitag auch nicht besonders reichhaltig, so steht dieser doch vor sehr wichtigen, folgeschweren Entscheidungen — vor Entscheidungen, von denen in den nächsten Jahren im wesentlichen die Entwicklung unserer Partei und ihre Stellung im politischen Leben des neuen Deutschen Reiches abhängen wird. Mögen diese Entscheidungen in allen Teilen nach sorgfältiger Prüfung der Gründe und Gegengründe so ausfallen, daß sie einst in der Geschichte der deutschen Sozialdemokratie mit stolzer Befriedigung genannt werden.

Der Streit um den Aufbau der Arbeitsgerichte

Von Staatsanwalt Marx (Heidelberg)

In dem Aufsatz Wilhelm Schöfflers »Zur Fortbildung des Arbeitsrechts« (Neue Zeit Nr. 17, 40. Jahrgang, 2. Band) findet sich der Satz: »Mit Recht wurde die alte Forderung, die Arbeitsgerichte in die ordentlichen Gerichte einzugliedern, als völlig abwegig aufgegeben.« Dadurch könnte der Eindruck erweckt werden, als ob der Gedanke des Aufbaus der Arbeitsgerichte im Rahmen der ordentlichen Gerichte von keiner maßgebenden Stelle mehr vertreten werde. Dem ist aber durchaus nicht so. Der vom Reichsarbeitsministerium veröffentlichte und noch heute vertretene Entwurf eines Arbeitsgerichtsgesetzes (sogenannter Referentenentwurf) steht eine enge organische Verbindung der Arbeitsgerichte mit den ordentlichen Gerichten vor. Er befindet sich damit allerdings im Gegensatz zum sogenannten Arbeitsrechtsausschußentwurf, der die Arbeitsgerichte in eine alle sich auf dem Gebiet der Arbeit abspielenden Vorgänge umfassende Arbeitsbehörde, das Arbeitsamt, einordnen will. Die Berufsvertretungen der Arbeitnehmer haben sich, soweit ich es übersehe, seinen Gedankengängen angeschlossen und lehnen den Standpunkt des ersteren Entwurfs ab. Die Geister scheiden sich aber nun nicht so, daß auf der einen Seite die Vertreter der bürgerlichen Gruppen stehen, auf der anderen Seite die der sozialistischen. Auf nichtsozialistischer Seite finden sich Anhänger des Arbeitsamts, ebenso wie von Sozialisten die vom Referentenentwurf aufgestellten Grundsätze befürwortet werden; so namentlich von Raddbruch, der sich in seinen Erläuterungen zum Görlitzer Programm als Anhänger der Verbindung der künftigen Arbeitsgerichte mit den ordentlichen Gerichten bekennt.

Das Arbeitsrecht ist ein ganz wesentlicher Teil unseres bürgerlichen Rechts überhaupt. Was liegt danach näher, als die Richter der ordentlichen Gerichtsbarkeit mit der Rechtsprechung auf diesem Rechtsgebiet zu befaßen, um so mehr, als in weiten Teilen Deutschlands sich die Amtsgerichte und ihre Richter eines nicht zu bestreitenden Vertrauens erfreuen. Auch die